

Antragsteller, Anschrift	Ort, Datum
	den

über die

LEA Gesellschaft für
Landeseisenbahnaufsicht mbH
Leonhardtstr. 11
30175 Hannover

an die

Landesnahverkehrsgesellschaft
Niedersachsen mbH
Kurt-Schumacher-Straße 5
30159 Hannover

Antrag, Anlagen a) und b) an die LNVG direkt je 1 x

A N T R A G

- dreifach -

auf Gewährung einer Z u w e n d u n g

Wir beantragen die Gewährung einer nicht-rückzahlbaren

Zuwendung in Höhe von EUR

für folgende Investitionsmaßnahme (kurze, prägnante Beschreibung):

Beginn und Dauer/Ende der vorgesehenen Arbeiten:

Zeitpunkt, zu dem die Mittel benötigt werden:

Die genauen Einzelangaben ergeben sich aus den folgenden Anlagen:

(beigefügte Unterlagen bitte ankreuzen)

- a) Finanzierungsplan (aufgegliederte Darstellung der vorgesehenen Finanzierung aller Finanzierungsbeteiligten *[siehe 4. Spiegelstrich der Erklärungen]*)
- b) Begründung und Erläuterung des Bauvorhabens mit genauer Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen und des zu erwartenden Erfolges (Baubeschreibung, z.B. Angabe der Strecke, Bahn-km, Länge, vorhandener Zustand/Stoffe, Arbeitsverfahren, vorgesehene Stoffe, Auswirkungen der Maßnahmen, Abstimmungen mit betroffenen Dritten)
- c) prüffähige, detaillierte Kostenschätzung (bzw. Kostenermittlung/ Kostenanschlag) mit Angaben der Massen und Einheitspreise, Trennung von Material- und Einbaukosten, Ausweisung evtl. Eigenleistungen (Stoffe aus Eigenbestand und eigene Mitarbeiter)

- d) Übersichts- (M 1:1.000), und (BÜ-)Lageplan (M 1:200), evtl. Schnitte und konstruktive Pläne
- e) Planfeststellungsbeschluss, Plangenehmigung, wenn erforderlich
- f) Genehmigte Kreuzungsvereinbarungen, wenn erforderlich
- g) Protokolle zu Abstimmungen mit Planungsbetroffenen oder Auflagen von Planungsbetroffenen
- h) Fragebogen für NE-Bahnen zur Bewilligung von Landesfördermitteln
- i) Aussagekräftige Fotos von markanten Schad-/Schwachstellen, bei Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen auch Ansichten der Zufahrten von Schiene und Straße auf den BÜ
- j) weitere Unterlagen:

Wir erklären ausdrücklich,

- dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor der Bewilligung bzw. einer evtl. Ausnahmegenehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nicht begonnen wird.
- dass wir für das o.a. Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt sind und dass in den angesetzten Kosten keine Umsatzsteuer enthalten ist. Die anzusetzende Umsatzsteuer des anderen Kreuzungsbeteiligten ist bei der Maßnahme nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) jedoch enthalten.
- dass nach Prüfung der Sach- und Rechtslage die Bewilligung des Zuschusses nicht zur Entstehung einer Körperschaftssteuerpflicht führt.
- dass keine weiteren Mittel für den gleichen Zweck bei anderen Stellen beantragt werden bzw. bereits bewilligt worden sind, als im Finanzierungsplan angegeben.
- dass die in diesem Antrag sowie in den beigelegten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind
- dass uns bekannt ist, dass die Angaben im Antrag einschließlich der Anlagen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind

(rechtsverbindliche Unterschrift)